

# DER SPIEGEL

## DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

### DEUTSCHLAND

#### BONN

##### NAHOST-KRISE

#### Tränen im Waldorf-Astoria

(siehe Titelbild)

Mit der gleichen Würde, mit der sich einst Hans Christian Andersens Kaiser ohne Kleider seinen Untertanen darbot, debattierte der Deutsche Bundestag am letzten Mittwoch über etwas, was nicht einmal mehr als Schemen existiert: eine deutsche Nahost-Politik.

Volkskanzler Ludwig Erhard (Nacht-  
lektüre: Deutsche Heldensagen) mahnte sein Volk: „Seien wir uns bewußt, daß wir durch eine Gewitterzone hindurchmüssen, in der wir vor schwierige Situationen gestellt sein werden.“

Doch die Bonner Helden-Nachfahren brauchen in Wahrheit die nahöstliche Gewitterzone nicht länger zu fürchten. Denn dort, wo sie ursprünglich nichts verloren hatten, haben sie jetzt kaum noch etwas zu verlieren.

Vier Wochen ist es her, daß Regierung und Opposition gemeinsam aufbrachen, eine geplante Reise des Zonenvogts Walter Ulbricht nach Ägypten zu verhindern. Das Ergebnis liegt jetzt vor: In dem mit Samt und Damast tapezierten Kubeh-Palast in Kairo ist das Staatsbett für das Ehepaar Ulbricht

aufgeschlagen, das diesen Mittwoch in Ägypten eintrifft. Die Bundesrepublik hat sich Araber und Juden zu Feinden gemacht. Und die Welt lacht über Bonn.

Seit der SPIEGEL-Affäre hat das Ausland nicht mehr so viel Hohn und Verachtung über die Deutschen gekübelt wie in diesen Tagen. Die Londoner „Times“ spottet über die „Wurstelei“ der „unseligen Deutschen“. Die „New York Times“ schreibt, „die Westdeutschen haben ein fast unglaubliches Durcheinander angerichtet“, sie seien „an die Wand gespielt“ („Guardian“, London) worden und hätten „kapituliert“ („Combat“, Paris).

Durch „klägliches Hin-und-Hergefummel“ habe sich die Regierung Erhard „verächtlich“ und „zum Gespött der internationalen Öffentlichkeit“ gemacht, meint „Die Tat“, Zürich. Die „Jerusalem Post“ bescheinigt den Deutschen „brutales Zweckdenken“, der „Volkskrant“, Amsterdam, attestiert ihnen Mangel an „Führung“, „Selbstbewußtsein“, „Charakter“, „Moral“, „Stil“ und „Haltung“. Das „Brüllen des Gummilöwen“ Erhard („Combat“) habe zur „Erniedrigung der Bundesrepublik“ („Journal American“, New York) geführt. Und „Aurore“, Paris, sorgt sich, ob die Deutschen „wirklich noch einen Kanzler haben?“

Schwarz auf weiß entsteht so aus den Kommentaren der internationalen Presse

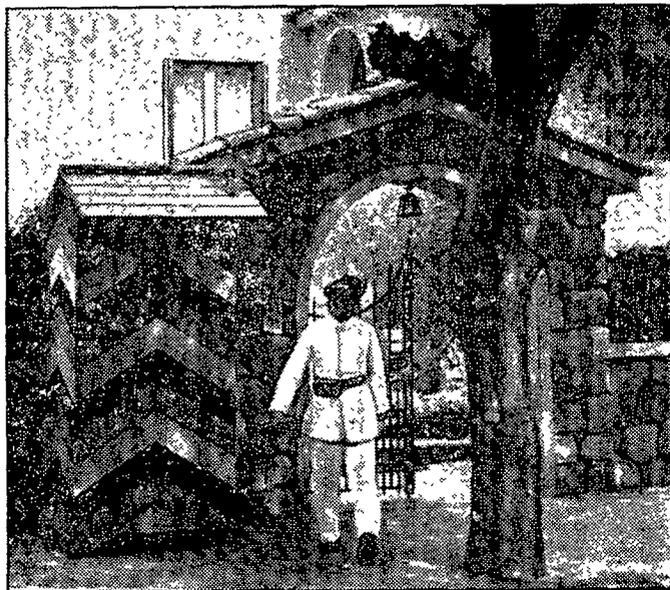
das Bild, das sich die Welt von den Deutschen macht, ein Bild, das schon vor Weltkrieg II der angelsächsischen Vorstellung von Fritz und Heini entsprach und nun als erdenweite Erkenntnis gelten muß: Ein zugleich tolpatschiger und gefährlicher Hanswurst, der mit seiner Kehrseite umwirft, was er zuvor selbst aufgebaut hat, nie für das von ihm angerichtete Unheil verantwortlich sein will und Fußtritte, die er empfängt, mit Gold vergilt.

Wie könne man jemand zumuten, fragt die „Stuttgarter Zeitung“, „sich von Leuten Vorschriften machen zu lassen, die in Karnevalskostümen durch die Weltgeschichte stolpern“?

Verantwortlich für den Tiefpunkt deutschen Ansehens ist nicht allein die Regierung Erhards. Ein gleiches Maß an Verantwortung trifft seinen Amtsvorgänger Konrad Adenauer, und mitschuldig hat sich die SPD gemacht, die schweigend ihre „Oppositionspflicht“ Protest erforderte.

Der Mann, der die Eintracht der Bonner herausforderte und sie, das Fürchten lehrte, ist Ägyptens Oberst Gamal Abd el-Nasser, 47, Staatschef der „Vereinigten Arabischen Republik“ (VAR).

Die Engländer, denen er 1956 den Suez-Kanal mit Gewalt entriß, nennen ihn gern den „Hitler am Nil“. Doch der Ägypter mit dem kleinen Bärtchen, der 1936 als Mitglied des olympischen Teams seines Landes unter den Augen Adolf



Bonn-Vertretung, Pankow-Mission in Kairo: Eine Botschaft ohne Botschafter und ein Botschafter ohne Botschaft

Hitlers in Berlin Gewichte stemmte, ist frei von der gefährlichsten Schwäche des NS-Tyrannen — der Hybris.

Als der Bezwinger Bonns letzte Woche in seiner ockergelben Neun-Zimmer-Villa in Manshiat el E-akri, einem vornehmen Kairoer Viertel, den SPIEGEL-Redakteuren Conrad Ahlers und Dieter Schröder gegenübersaß, genoß er nicht triumphierend, sondern nur amüsiert seinen Sieg, die Bundesrepublik mit der Drohung, Pankow anzuerkennen, zur Einstellung der Waffenlieferungen an Israel gepreßt zu haben. „Die Ostdeutschen sind sehr nett zu uns“ (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 34), sagte er, und in seinen irisierenden Augen über der schweren, hängenden Nase glommt der Spott.

Nasser — 90,5 Kilo schwer und Vater von fünf Kindern —, der durch zwei Staatsstriebe erst König Faruk vertrieb und dann den Präsidenten Nagib absetzte, ist in zehnjähriger Herrschaft einflußreichster Staatsmann der arabischen Welt geworden. „Ich bin kein Diktator“, behauptet er über sich selbst, „dazu bin ich viel zu sentimental.“ Nur noch selten trägt er Uniform; er bevorzugt dunkelblaue Einreihler.

In der geteilten Welt, in der er aufstieg, hat er seinem aus eigener Kraft nicht lebensfähigen Land (26 Millionen Einwohner; Durchschnittseinkommen 400 Mark im Jahr) eine sichere Einkommensquelle erschlossen: Ägypten wird von den feindlichen Blöcken gefüttert.

Wie kein anderer Schaukelpolitiker der neutralen Welt, hat sich Nasser seine Bindungslosigkeit bezahlen lassen. Dem Buche nach steht er im Westen mit über sieben Milliarden Mark in der Kreide, im Osten mit rund vier Milliarden Mark. Die USA allein versorgten das geburtenfreudige Volk am Nil in den letzten sieben Jahren fast kostenlos mit Mehl, Getreide, Rindfleisch, Geflügel und Pflanzenfett im Wert von vier Milliarden Mark. Die Sowjets lieferten ihm rund 1500 Panzer und 400 Düsenflugzeuge.

Nie hat Nasser den Bogen seiner Forderungen überspannt. Nie hat er so viel genommen, daß er in völlige Abhängigkeit geriet. Und nie konnte er genug bekommen. Denn wann immer ihm neue Waffen und neues Geld zur Verfügung standen, plante er ein neues Abenteuer zum Ruhme Ägyptens. Sei es die Entseignung des Suez-Kanals, sei es der Krieg gegen die königstreuen Jemeniten, der Nasser bisher 15 Millionen ägyptischer Pfund in Devisen gekostet hat — ohne die Aufwendungen in Landeswährung — und ein ägyptisches Expeditionskorps von 52000 Mann fern der Heimat bindet (Todesanzeigen Gefallener dürfen ägyptische Zeitungen nicht veröffentlichen).

Kein anderer Staatsmann der farbigen Welt ist so rüde mit den Großmächten umgesprungen, kein anderer fuhr so gut dabei.

Nasser verurteilte 1959 den Kommunismus als den „Hauptfeind des arabischen Nationalismus“, verbot die KP und sperrte ihre Führer in Konzentrationslager — trotzdem bauen die Sowjets für ihn seit 1960 den Assuan-Staudamm, den ursprünglich die Amerikaner finanzieren wollten.

Nasser riet den USA zuletzt im Dezember vorigen Jahres, sich „zum Teufel zu scheren“, und ließ es zu, daß der Mob

von Kairo die amerikanische Bibliothek niederbrannte — trotzdem setzte US-Präsident Johnson durch, daß ein Beschluß des amerikanischen Parlaments revidiert wurde, die Lebensmittellieferungen an den Nil zu stoppen.

Einem Schaukelpolitiker dieses Formats waren die Bonner als Gefangene ihrer eigenen Hallstein-Doktrin von Anbeginn hilflos ausgeliefert.

Inhalt der zehn Jahre alten Doktrin: Die Bundesrepublik bricht die diplomatischen Beziehungen zu jedem Staat ab, der das SED-Regime in Pankow anerkennt. Mit dieser Drohung will die Bundesregierung ihren Anspruch verteidigen, die einzig legitime Vertretung des geteilten deutschen Volkes zu sein.

In der gesamten farbigen Welt, zwischen Hottentotten und Zulus, reisen deshalb die deutschen Entwicklungs-

lehrten, sank das Ansehen der deutschen Militärberater rapide. Sie wurden durchweg durch sowjetische Instrukteure ersetzt — heute insgesamt 600.

Statt deutscher Soldaten ließ Nasser deutsche Wissenschaftler anwerben. Sie konstruierten die erste arabische Rakete, die im Juli 1962 abgeschossen wurde und eine Reichweite von etwa 450 Kilometern haben soll. Führender Kopf: Professor Wolfgang Pilz, der sich jetzt bei seinen Vorgesetzten über Ulbrichts Besuch beschwert hat; das widerspräche seinem Vertrag.

Israels Geheimdienst mühte sich durch eine Kette von Bombenattentaten, die deutsche Raketen-Elite aus Ägypten zu vertreiben; eine Gruppe Israel-freundlicher Abgeordneter im Bundestag suchte das gleiche Ziel durch einen nie verabschiedeten Gesetzentwurf zu erreichen, der „die Mitwirkung deutscher Staatsangehöriger an der Herstellung von Waffen außerhalb des Bundesgebiets genehmigungspflichtig machen“ sollte. Beide Unternehmen blieben ohne Erfolg.

Allein: Deutschland hörte für Nasser nie an der Elbe auf. Schon 1953, knapp ein Jahr nach der ägyptischen Revolution, hatte er mit der Sowjetzone ein Handels- und Zahlungsabkommen geschlossen. Mit diesem ersten derartigen Vertrag konnte Pankow auf dem afrikanischen Kontinent Fuß fassen. Im Herbst 1955 besuchte der damalige Außenhandelsminister der Zone, Heinrich Rau, Ägypten. Handelsvertretungen mit Konsularstatus zwischen Ägypten und der DDR wurden ausgetauscht.

1959 reiste dann der damalige DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl an den Nil. Nasser strich einen ersten DDR-Kredit über 87,5 Millionen Mark ein; Grotewohl erhielt den „Orden des Nils“; beide kamen überein, Generalkonsulate auszutauschen.

Bonns Hallstein-Doktrinäre zeternten damals wie heute. Sie drohten mit dem Abbruch der Beziehungen. Doch Nasser beschwichtigte: Es handele sich nicht um eine völkerrechtliche Anerkennung. Dem DDR-Generalkonsul sei nur ein „eingeschränktes Exequatur“ (Genehmigung zur Amtsausübung) erteilt worden. Pankows Vertreter dürfe keinen Dienststand an seinem Wagen führen und werde nicht in der Liste des Konsularischen Korps geführt. Die Bundesregierung gab sich zufrieden und spendierte neue Entwicklungshilfe.

Seitdem symbolisieren zwei schwarzrot-gold gestrichene Schilderhäuser am Nil die Trübsal deutscher Teilung.

Beide stehen in Kairo Diplomatenviertel Dokki, das eine in der Sharia Boulos Pacha Hanna, das andere in der Sharia Hussein Wassef.



helfer als motorisierte Weihnachtsmänner umher, um ihren Gabensack auszuschnüffeln, wo immer ein Staat mit der Anerkennung Pankows droht.

Nirgendwo kam Bonn die Hallstein-Doktrin so teuer wie in Ägypten. Die Bundesrepublik übernahm am Nil Verpflichtungen von fast 1,4 Milliarden Mark.

Doch nicht nur Mark und Maschinen, auch Menschen lieferte Deutschland an Ägypten. Heute leben dort 20 000 Westdeutsche, darunter rund 4000 deutsche Frauen, die mit Ägyptern verheiratet sind. Die Deutschen sind die stärkste Ausländerkolonie am Nil. Der Ostblock ist im Land nur mit 15 000 Menschen vertreten, davon etwa 8000 Russen, deren Mehrheit am Assuan-Damm schaufelt.

Schon 1948 hatte die königlich-ägyptische Regierung den ehemaligen deutschen Wirtschaftsführer und Generaldirektor der Skoda-Werke Wilhelm Voss zum Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie engagiert. Von 1951 an folgten etwa 70 Offiziere aller Waffengattungen unter dem ehemaligen Artillerie-General Fahrbacher, der heute als Pensionär in Garmisch-Partenkirchen lebt.

Als Israels Truppen 1956 im Sinai-Feldzug die ägyptische Armee laufen

Hinter dem einen verbirgt sich eine Deutsche Botschaft ohne Botschafter, denn Bonns Botschafter Dr. jur. Georg Federer, 59, ist in der jüngsten Krise „bis auf weiteres“ an den Rhein beordert worden.

Hinter dem anderen verbirgt sich ein deutscher Botschafter ohne Botschaft, denn der „Beauftragte der Regierung der DDR in der Vereinigten Arabischen Republik“, Ernst Scholz, 51, der sein Schilderhaus in diesen Tagen zu Ehren des Ulbricht-Besuchs neu anstreichen ließ, hat zwar den Titel eines Botschafters, aber er leitet doch immer noch nur das DDR-Generalkonsulat in Personalunion.

DDR-Botschafter Scholz ist studierter Architekt und Spanien-Kämpfer, Frankreich-Emigrant und Träger des „Vaterländischen Verdienstordens“ in Silber. Er gibt monatlich über 50 000 Mark für Propagandazwecke aus.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der DDR-Botschafter im letzten Jahr einer Flüsterpropaganda, durch die er seinen Bonner Rivalen in Ägypten zu diffamieren suchte: Er stempelte ihn zum „Judenknecht“.

Bonns Botschafter Federer, Schwabe und Protestant, ist seit dreißig Jahren Berufsdiplomat und war, ehe er 1964 nach Kairo versetzt wurde, mehr als fünf Jahre Generalkonsul in New York. Wie andere ehemalige Diplomaten Ribbentrops suchte und fand er dort engen Kontakt mit einflußreichen jüdischen Kreisen und arbeitete tatkräftig für die Wiedergutmachung. Nur widerstrebend wurde ihm deswegen im Mai 1964 von Nasser das Agrément als Botschafter erteilt.

Federer rückte damit in eine Schlüsselposition der Außenpolitik sowohl von Pankow als auch von Bonn: Wird die DDR von Ägypten anerkannt, würde voraussichtlich die gesamte arabische Welt folgen. Die Hallstein-Doktrin wäre zerbrochen, das DDR-Fernziel erreicht.

Trotz der Flüsterpropaganda seines DDR-Rivalen gelang es Federer, am Nil Einfluß zu gewinnen. Er ist einer der fähigeren Diplomaten Bonns. Doch er erlitt in Kairo ein Schicksal, das vor ihm schon manchem guten Botschafter widerfahren ist: Seine Regierung in der Heimat übergibt seine politischen Analysen, die sich nachträglich als richtig erwiesen, und mißachtete seine Warnungen und Ratschläge.

Alle dringenden Vorstellungen, die Federer in den wenigen Monaten seiner Amtstätigkeit in Kairo erhob, kreisten um das gleiche Thema: Bonns allzu zwielfichtig-intimes Verhältnis zu Israel.

Denn Israel, von den arabischen Staaten durch tiefen Haß getrennt, mit der Bundesrepublik durch deutsche „moralische Schuld“ (Ludwig Erhard) schmerzhaft verbunden, ist für Ägyptens Staatschef Nasser das Terrain, auf dem keine Schaukelpolitik mehr gilt. So gern er die Botschafter der beiden verfeindeten Reichs-Hälften in Kairo gegeneinander ausspielt, um neue Devisen aus Bonn und Pankow in die leeren Kassen Ägyptens zu lenken — so unerbitlich ist er in diesem Punkt. Umgekehrt ist es für die Deutschen unmöglich, die Juden zu behandeln wie irgendein anderes Volk.

Die Hallstein-Doktrin hat die Bonner Politik auch hier in eine Sackgasse geführt. Denn die bundesrepublikanische

Forderung an Nasser, Pankow nicht anzuerkennen, beantwortete Nasser mit einer Gegen-Doktrin: Falls die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehme, werde er Pankow anerkennen. Die Hallstein-Doktrin war zum Bumerang geworden, der die deutsch-jüdische Aussöhnung erschwerte.

Deutschlands Beziehungen zu Israel sind belastet und werden es bleiben, solange noch Zeugen und Betroffene der Verbrechen Hitlers am Leben sind. Die Gutwilligen in beiden Ländern wissen das, und sie wissen auch, daß es wahre Sühne für solch monströse Verbrechen nicht geben kann. Deshalb haben sich seither praktisch alle deutschen Anstrengungen zur Wiedergutmachung in dem — moralisch im Grunde wertfreien — Bereich materieller Unterstützung bewegt.

In dem sogenannten „Luxemburger Abkommen“, das am 10. September 1952



Zonen-Botschafter Scholz  
Geflüster gegen Bonns „Judenknecht“

von Konrad Adenauer und dem damaligen israelischen Außenminister, unterzeichnet wurde, verpflichtete sich Bonn, insgesamt 3,45 Milliarden Mark Wiedergutmachung an Israel zu zahlen. Davon erhielt die „Conference on Jewish Material Claims against Germany“ — ein Zusammenschluß von 23 jüdischen Organisationen — 450 Millionen Mark.

Die Bundesrepublik zahlte diese Summe in Raten — bis auf 75 Millionen Mark jährlich, die Bonn den Israelis in Pfund Sterling für Öleinkäufe in Großbritannien zur Verfügung stellen mußte — in Form von Waren und Dienstleistungen. Der Rest, nämlich 300 Millionen Mark, ist dieses Jahr fällig.

Ein beträchtlicher Teil dieses Geldes ist in die bundesdeutsche Wirtschaft zurückgefließen. Bis Ende März 1963 hatte die Israel-Mission in Köln Aufträge an 4535 deutsche Firmen erteilt. Der Auftragswert schwankte zwischen 100 Mark und 27 Millionen Mark. Zeitweilig stammten 30 Prozent der Maschinen und Ausrüstungen, die Israel für seine Entwicklungsprojekte benötigt hat, aus der Bundesrepublik.

Andererseits hat die Bundesrepublik die Riesensumme von 18 Milliarden Mark in bar als individuelle Wiedergutmachung an jüdische Verfolgte des Nazi-Regimes ausgezahlt. Und da sich viele von diesen in Israel niedergelassen haben, konnte die Devisenkasse des jungen Staates lange von diesem Zufluß zehren.

Während die Bundesrepublik alle diese Leistungen gern offenbarte — Ulbricht in Pankow hat keinen Pfennig gezahlt —, schwieg sie über heimliche Militärhilfe an Israel um so hartnäckiger.

Gerüchte über deutsch-jüdische Waffengeschäfte tauchten erstmals im Dezember 1957 auf. Der damalige israelische Ministerpräsident Ben-Gurion erklärte zu jener Zeit in einer Parlamentsdebatte, seine Regierung bemühe sich, „gewisse Ausrüstungsteile, die für die Sicherheit Israels notwendig sind“, in der Bundesrepublik zu kaufen.

Die Debatte, in der Ben-Gurion sprach und die seine Regierung in eine Krise stürzte, war ausgelöst worden durch die Ankündigung, eine israelische Delegation sei zu Einkaufszwecken in die Bundesrepublik abgereist. Tatsächlich war der Vorsitzende von Ben-Gurions Mapai-Partei, Josephthal, kurz zuvor nach Bonn aufgebrochen und auch bei Adenauer gewesen.

Weder im Bonner Außenamt noch im Auswärtigen Ausschuß konnte man sich aber auf Ben-Gurions Andeutungen damals einen Reim machen. Die Bundesrepublik ließ erklären: „Durch die Festlegung der Warenlisten sind Waffen und Kriegsmaterial von Lieferungen im Rahmen des deutsch-israelischen Wiedergutmachungs-Abkommens ausgeschlossen.“

Zwischen den Verteidigungsministerien der Bundesrepublik und Israels jedoch entwickelte sich bereits während der ersten Aufbauzeit der Bundeswehr eine effektvolle Zusammenarbeit. Sie war nicht zuletzt eine Frucht der ausgezeichneten persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Amtschefs, Franz-Josef Strauß, der sich bei der Abstimmung über die Israel-Hilfe der Stimme enthalten hätte, und Schimon Peres.

Schimon Persky Peres, der 1923 in Polen geboren ist und seit 1934 in Palästina lebt, gehört zusammen mit dem früheren Generalstabschef Mosche Dajan zu den Exponenten der „Jungtürken“ Ben-Gurions — jener aktiven jüngeren Generation in der Mapai, die bereit ist, bei allem moralischen Vorbehalt gegenüber Deutschland zu einer praktisch-politischen Zusammenarbeit mit den Repräsentanten der Bundesrepublik zu kommen.

Peres hat mehr als ein Jahrzehnt lang unter Ben-Gurion im Verteidigungsministerium gearbeitet, zuletzt als sein Stellvertreter; nach Ben-Gurions Rücktritt bestätigte ihn der neue Regierungschef Eschkol auf seinem Posten als stellvertretenden Verteidigungsminister (einen Verteidigungsminister selbst gibt es nicht; das Ressort wird vom Ministerpräsidenten mitverantwortet). Peres kennt alle Details der israelischen Rüstungspolitik und ist als Gesprächspartner von Strauß einer der Architekten des deutsch-israelischen Waffenhilfe-Abkommens (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 38).

Er war in die Verhandlungen eingeschaltet, als das Bonner Verteidigungs-

ministerium in Israel zur Ausrüstung der deutschen Bundeswehr Maschinengewehrpistolen vom Typ Uzi, Infanteriemunition, Granatwerfer, Uniformstoffe und Unterwäsche kaufte — lange bevor ein erstes Zusammentreffen zwischen den beiden damals amtierenden Regierungschefs Adenauer und Ben-Gurion stattgefunden hatte.

Die beiden Alten trafen sich erst am 14. März 1960 im New Yorker Hotel Waldorf-Astoria. Am Zustandekommen des Treffens waren maßgeblich beteiligt der amerikanische Ex-General und Inhaber einer Public-Relations-Firma in Chicago, Julius Klein, und dessen Freund, der aus Stuttgart stammende spätere Leiter der Israel-Mission in

Rührung regierte den Augenblick. Die beiden Alten hatten Tränen in den Augen, und nachdem sie ihrer Bewegung Herr geworden waren, ließen sie sich photographieren und schickten dann alle Berater fort. Eine Stunde lang sprachen sie, da Ben-Gurion des Deutschen mächtig ist, ohne Zeugen miteinander, und in dieser Stunde zeugten sie auch das deutsch-israelische Waffenhilfe-Abkommen.

Ben-Gurion erbat zunächst weitere deutsche Hilfe für die wirtschaftliche Erschließung seines Landes. Adenauer sagte formlos 40 bis 50 Millionen Dollar zu — eine Summe, die sich später auf 75 Millionen Dollar erhöhte.

Dann kam der israelische Regierungschef auf die gute Zusammenarbeit zu

Dies geschah; und der gute Kontakt zwischen Strauß und Peres, verbürgte raschen Erfolg. „Stern“-Chef Henri Nannen weiß sogar aus einer „superlativischen“ Quelle, daß zwischen den beiden Einverständnis über handfeste politische Bedingungen des Waffengeschäfts erzielt worden sei: Der Eichmann-Prozeß, der damals unmittelbar bevorstand, dürfe von Israel nicht zu einer Identifizierung der Bundesrepublik mit Nazi-Deutschland benutzt werden; und das Gericht in Jerusalem müsse darauf verzichten, Adenauers Staatssekretär Hans Globke als Zeugen zu zitieren. Beides geschah tatsächlich nicht.

In der Folgezeit fuhr Staatssekretär Hopf vom Bonner Verteidigungsministerium zweimal nach Israel. Und Peres war wiederholt bei Strauß in der Ermeikaserne und in Rott am Inn, ohne daß Kabinett, Außenminister oder Parlament, geschweige denn die deutsche Öffentlichkeit davon erfuhren.

Im Bundeshaushalt tauchte erstmals 1961/62 im Einzelplan 14 des Verteidigungsministeriums das Rubrum „Ausbildungshilfe“ auf. SPD-Mitglieder im Haushaltsausschuß machten ihren damaligen Parteichef Ollenhauer auf die mysteriöse Position aufmerksam. Dieser verlangte von Adenauer schriftlich Aufklärung. Und Adenauer ließ seinen Oppositionschef immerhin so viel wissen: Bonn beabsichtige, besonders an Israel, aber auch an andere Entwicklungsländer militärische Ausbildungshilfe zu leisten.

Damals hatte die Bundesrepublik bereits 40 Fla-Geschütze, die hierzulande wegen der Umrüstung auf Hawk- und Nike-Ajax-Flugabwehrraketen ausrangiert wurden, an Israel geliefert. In den Jahren 1961 und 1962 wurden israelische Soldaten in Rendsburg an den Geschützen ausgebildet. Gesamtwert dieser ersten Hilfen bis Ende 1961: 20 Millionen.

Dabei galt der Grundsatz, daß keinesfalls Waffen deutscher Herstellung nach Israel verschickt werden sollten; ausgenommen sechs Schnellboote vom Typ „Jaguar“, die auf deutschen Werften gebaut werden. Diese Boote sind bereits auf eine spätere Bestückung mit Tartar-Raketen ausgelegt.

Anfang 1962 machte Schimon Peres während einer neuerlichen Bonn-Reise auch bei Adenauer Besuch und erzählte ihm, wie gut man seither mit Strauß vorangekommen sei. Adenauer genehmigte weitere Verhandlungen, und daraufhin wurde nach israelischen Wünschen ein längerfristiges Waffenlieferungsprogramm mit einem Volumen von rund 240 Millionen Mark vereinbart.

Da die Sache geheim bleiben sollte, kam man am 28. März 1962 im Haushaltsausschuß überein, daß von jeder Fraktion nur je zwei Abgeordnete durch das Verteidigungsministerium über die geplanten Projekte unterrichtet werden sollten. Die Fraktionen benannten: Klingsing und Leicht für die CDU/CSU, Mommer und Schäfer für die SPD, Dehler und Emde für die FDP.

Dieses Gremium wurde erstmals während der SPIEGEL-Krise, am 13. Dezember 1962, durch Staatssekretär Hopf informiert. Hopf legte die israelische Wunschliste vor, nannte das finanzielle Volumen und teilte auch mit, welche Drittländer in die Waffenlieferungen eingeschaltet werden sollten, nämlich Großbritannien für die Schiffe, Italien für die Panzer und Portugal für andere Waffen. Die solchermaßen Eingeweihten erklärten sich, wenschon zum Teil



*To General Klein  
in friendship  
Dr. Ben-Gurion*

*New York März 1960  
General Klein zur Erinnerung  
an unsere gemeinsame Arbeit.*

Ben-Gurion, Adenauer im New Yorker Waldorf-Astoria. „Kein Techtelmechtel“

Köln, Dr. Felix Shinnar. Es fand statt vor dem Hintergrund der Hakenkreuz-Schmierereien an deutschen Synagogen.

Adenauer und Ben-Gurion waren gleichzeitig, jedoch aus verschiedenen Gründen, in New York und wohnten in verschiedenen Stockwerken des Waldorf-Astoria-Hotels. Ungeachtet des Kopfzerbrechens, das sich die mit Protokoll befaßten Mitarbeiter der beiden Regierungschefs darüber machten, wer zu wem kommen sollte, ging Ben-Gurion am 14. März kurz entschlossen in Adenauers höher gelegene Suite hinauf; Adenauer, so ließ er das Protokoll wissen, sei schließlich der Ältere und sei länger im Amt.

\* Erinnerungsphoto mit Widmungen für General Klein.

sprechen, die sich bereits mit dem Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß entwickelt habe. Er fragte Adenauer, ob die Bundesrepublik nicht Israel bei seiner Luftverteidigung helfen wolle. Die israelischen Militärs waren damals insbesondere interessiert, an einem einschlägigen Raketenprojekt beteiligt zu werden, das Deutsche und Franzosen gemeinsam entwickelten.

Adenauer erklärte global sein Einverständnis. Schriftliche Abmachungen wurden nicht getroffen; es existiert aber ein rund 25 Maschinenseiten umfassendes Geheimprotokoll. Wenn die Zusammenarbeit mit Herrn Strauß so gut funktioniere, sagte Adenauer demzufolge, dann sollten die Israelis die Einzelheiten möglicher deutscher Militärhilfe doch direkt mit Strauß aushandeln.

mit Beklemmungen, einverstanden und billigten die Geheimhaltung.

Im Jahre 1963 schließlich — nachdem auch noch die Fraktionsvorsitzenden informiert worden waren — genehmigte Adenauer durch Verfügung an das Verteidigungsministerium das Abkommen endgültig. Es hatte eine mehrjährige Laufzeit und wurde jedes Jahr durch neue Warenlisten ergänzt. Dies alles geschah unter Mißachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen.

Nirgendwo wurde die Geheimhaltung strikter beachtet als in Israel selber, wo selbst Verteidigungs-Chef Schimon Peres heute noch nicht über Einzelheiten sprechen kann, die im Ausland bereits veröffentlicht worden sind.

Und so empfingen den Wohltäter Strauß bei einem Israel-Besuch im Mai 1963 böse Kommentare und protestierende Demonstranten, die nichts von den wahren Verdiensten des Gastes ahnten, obwohl seine Freunde im Rahmen des Möglichen für ihn Propaganda gemacht hatten.

Peres: „Strauß hat die Verteidigung Israels stets wirksam unterstützt.“

Dajan: „Wir sind Herrn Strauß gegenüber verpflichtet; er tat, was wir von ihm verlangten, als er Minister war, und er hat einen lebensnotwendigen Beitrag zu unserer Sicherheit geleistet.“

Erst am 10. Februar 1964 kam das Abkommen in Bonn bei den eingeweihten Abgeordneten, die mittlerweile um Jaeger (CSU), Wischniewski (SPD) und von Mühlen (FDP) verstärkt worden waren, wieder zur Sprache, und zwar aus Anlaß einer neuen israelischen Wunschliste und einer Ausweitung des finanziellen Volumens bis auf etwa 300 Millionen Mark.

Auf der Liste stand eine neue Waffengattung: zwei englische U-Boote, die „Turpin“ und die „Totem“, die gegenwärtig noch in Portsmouth liegen. Auf der „Turpin“ wird eine israelische Besatzung ausgebildet, die später beide Boote nacheinander nach Israel überführen soll.

Nach der Sitzung bekam FDP-Vertreter Emde Skrupel und vertraute diese dem Außenminister Schröder an. Der erklärte, er habe diese Sache nicht angefangen und billige sie auch nicht; aber es sei leider nichts mehr zu ändern. Emde ging nun zu Erhard, und auch der Volkskanzler bekannte sein Unbehagen; aber es sei leider nichts mehr zu ändern.

Erst Anfang 1964, nachdem das Ursprungsabkommen von 1962 schon zu etwa zwei Dritteln erfüllt war, erschienen zwei Abgesandte des amerikanischen State Department in Bonn und erklärten, die Waffenlieferungen an Israel lägen zwecks Aufrechterhaltung des nächstöstlichen Gleichgewichts auch „im dringenden Interesse der USA“. Und bei einem darauffolgenden Bonner Besuch machte Schimon Peres den Vorschlag, Bonn möge Israel nun doch alte amerikanische Panzer vom Typ M 48 liefern. Israel hält diesen Panzer nämlich für am besten geeignet, der ägyptischen Panzerausrüstung mit dem sowjetischen T 34 Widerpart zu bieten.

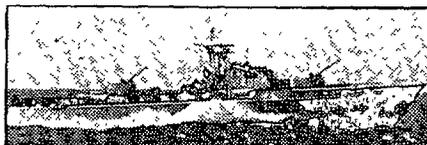
Dieser Vorschlag verstärkte das Unbehagen der Eingeweihten von Bonn, da es sich beim M 48 immerhin um eine Angriffswaffe handelt. Auf der anderen Seite wollten die Militärs diese Panzer gern loswerden, weil sie bei der Umrüstung auf den neuen „Leopard“ spätestens vom Sommer 1965 an nur im

Wege gewesen wären. Und obendrein wurde Kanzler Erhard bei seinem Besuch in Washington im Juni 1964 vom amerikanischen Verteidigungsminister McNamara ziemlich heftig beknet, den Israelis doch den M 48 auszuliefern.

Nach längerem Hin und Her einigte man sich dann im Herbst 1964 auf folgenden Modus: Die Bundesrepublik liefert 150 dieser US-Panzer an Italien. Sie werden dort mit neuen Geschützen und Feuerleitanlagen, mit neuen Ketten und Motoren ausgerüstet. Die so umgerüsteten Panzer werden erst noch ein halbes Jahr von den Italienern gefahren, ehe sie nach Israel weitergeliefert werden. Über Umrüstung und Weiterlieferung



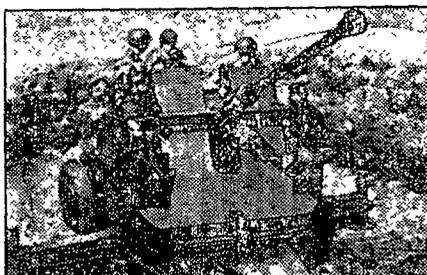
Transport-Flugzeug „Noratlas“



Schnellboot der „Jaguar“-Klasse



Panzer „M 48“



40-Millimeter-Fla-Geschütz

Deutsche Waffen für Israel  
„Nicht im Stadium der Jungfernschaft“

hat Israel eigene Sonderverträge mit Italien und mit den USA.

Bisher wurden im Rahmen des Waffenhilfe-Abkommens an Israel geliefert:

- ▷ Insgesamt 60 Flugzeuge, darunter Hubschrauber, Transportmaschinen vom Typ „Noratlas“, Schulflugzeuge „Fouga Magister“ und Verbindungsflugzeuge „Do 27“,
- ▷ einige Dutzend Krankenautos,
- ▷ 450 Lastkraftwagen,
- ▷ 450 Lkw-Anhänger,
- ▷ Fla-Geschütze und Panzerabwehr-raketen,
- ▷ über eintausend Fallschirme,

- ▷ 60 Panzer vom Typ M 48 A1 und A2 aus der zusätzlichen Vereinbarung von 1964.

Es bleiben noch zu liefern:

- ▷ sechs Schnellboote ohne Bewaffnung,
- ▷ zwei U-Boote,
- ▷ eine nicht näher bestimmte Anzahl Haubitzen mit Munition und
- ▷ eine noch nicht festliegende Anzahl Verbindungsflugzeuge.

Die gesamte Operation trug von Anfang die Saat des Scheiterns und den Keim der Krise in sich. Vorbedingung war die Geheimhaltung. Sie konnte aber angesichts des Umfangs der Lieferungen unmöglich gewahrt werden. Und wurde sie nicht gewahrt, mußte die arabische Welt zum Gegenstoß antreten.

Der Schleier der Geheimhaltung über diesen Waffenlieferungen verrutschte erstmals spürbar im Oktober 1964. Beinahe gleichzeitig wurden von entgegengesetzten Seiten Informationen veröffentlicht. In Bonn lancierten arabische Interessenten die ersten Berichte zu diesem Thema in der „Welt“ und in der „Frankfurter Rundschau“.

Hauptquelle war Dr. Hassan Fakoussa, 53, Delegierter der Arabischen Liga in Bonn, Gesprächspartner und Gewährsmann der „Deutschen National-Zeitung“ und Soldaten-Zeitung“ und Kontaktmann der araberfreundlichen Abgeordneten des Bundestags.

Fakoussa ist mit der Berlinerin Gisela Telchow aus dem Kaffeehaus-Konzern Telchow verheiratet, die zum Islam übergetreten ist und ihm drei Söhne geschenkt hat. Während des Zweiten Weltkriegs lebte er mehrere Jahre lang in Berlin, wo er den Spitznamen „Haw-Haw des Großmuftis“ hatte, weil er als Rundfunksprecher die Aufrufe des Großmuftis zum „heiligen Krieg gegen die Angelsachsen“ verlas. Seine Waffen-Informationen erwiesen sich als detailliert und zutreffend.

Regierungssprecher von Hase konnte diese Meldungen, durch die der arabische Raum in Unruhe versetzt wurde, zwar weder bestätigen noch dementieren. Aber er bekannte: „Wir befinden uns nicht im Stadium der Jungfernschaft.“

Wie in jeder ehrbaren Familie bedeutete dies, daß sich die Schande nur noch wenige Monate vertuschen ließ und die Katastrophe heranreifte.

In dieser Situation brach der zweithöchste Repräsentant der Bundesrepublik zu einer Reise an den Nil auf: Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier. Er war im Frühjahr 1964 von Nasser eingeladen worden. Gerstenmaier, der tiefe Sympathien für die Sache Israels hegt, verspürte zunächst nur geringe Lust. Lediglich seine Freundschaft zu dem damals gerade ernannten Botschafter in Ägypten, Georg Federer, bewog ihn, die Einladung anzunehmen.

Gerstenmaier wollte versuchen, Nassers Zustimmung zu einer Normalisierung der diplomatischen Beziehungen Bonn — Israel zu gewinnen. Deutsche Gegenleistung sollte ein Waffengesetz sein, das die Lieferungen von Kriegsgeschütz an Länder außerhalb des Nato-Bereichs verbietet.

Der Abflug des Bundestagspräsidenten war in der zweiten Novemberhälfte für den Abend jenes Tages vorgesehen, an dem der ehemalige Außenminister Heinrich von Brentano in Darmstadt beigesetzt wurde. Auf der Reise von

Bonn nach Darmstadt erhielt Gerstenmaier die Zustimmung Erhards und Schröders zu seinem Verhandlungskonzept. Von der Beerdigung fuhr er direkt zum Rhein-Main-Flughafen. Am 20. November traf er in Ägypten ein.

Während der Oberkonsistorialrat am nächsten Morgen zusammen, mit seinem Freund Federer den Gottesdienst in der deutschen evangelischen Kirche in Kairo besuchte, überbrachte ihm ein deutscher Attaché eine Botschaft aus Bonn: die Einladung der Bundesregierung an Nasser zum Besuch der Bundesrepublik. Zwei Stunden später konnte Gerstenmaier sie in seinem ersten Gespräch mit dem Staatspräsidenten überbringen.

Der deutsche Gast entwickelte in einer fast zweieinhalbstündigen Unterredung — ursprünglich vorgesehen: eine Stunde — sein Konzept. Zum erstmalig erfuhr der deutsche Parlamentspräsident bei dieser Gelegenheit konkrete Einzelheiten über die auch vor

konnte keine Zusicherung über einen Waffenstopp abgeben. Außenminister Schröder, der zur Einweihung des Kalabscha-Tempels bei Assuan\*\* eingeladen worden war, sagte ab.

Nun war der von seinem Geheimdienst frühzeitig über das Waffengeschäft unterrichtete Nasser überzeugt, daß die Deutschen bis zum Frühjahr dieses Jahres, in dem er in die Bundesrepublik reisen sollte, ihre Waffenversprechungen an Israel restlos erfüllen wollten.

Gleichzeitig erhielt er verstärkte Unterstützung aus dem Ostblock. Zunächst hatte er nach dem Sturz Chruschtschows befürchtet, daß die neuen Kreml-Herren eine Kreditzusage über 1,1 Milliarden Mark nicht erfüllen würden. Doch Mitte Dezember erneuerte der sowjetische Vizepremier Schelepin bei einem Besuch in Kairo das Versprechen. Außerdem stellte der Sowjetmensch einen 320-Millionen-Kredit der DDR in Aussicht, falls Nasser den

aufgeschreckt, klopfen Regierung und Opposition in Bonn zunächst einmal zusehens auf den prall gefüllten deutschen Geldbeutel. „Ist sich die Bundesregierung im klaren darüber“, fragte am 29. Januar der SPD-Abgeordnete Mommer den Bundesaußenminister, „daß der Bundestag keinen Pfennig Entwicklungshilfe an Länder genehmigen wird, die den Spalter der deutschen Nation als Gast empfangen?“ Außenminister Schröder: „Ich möchte vermuten, daß Sie recht haben.“

Noch fühlte sich Bonn stark. Doch schon zwei Tage später wendete sich das Blatt. Botschafter Federer war angewiesen, Ägyptens Staatschef mit Kreditentzug zu drohen, indem er ihm unmißverständlich erklären sollte, welche „schwerwiegenden Veränderungen“ ein Besuch Ulbrichts mit sich bringe.

Am 31. Januar ließ Nasser den Botschafter vor. Doch er, der gekommen war, den Gegner zum Rückzug zu zwingen, sah sich unvermittelt selbst unter Druck gesetzt. Ägyptens Staatschef zu dem deutschen Botschafter: „Ich bin erstaunt, daß Sie über die ernste Bedeutung von Ostdeutschland für Sie sprechen und die Frage des Ulbricht-Besuches aufrollen. Israel ist als Bedrohung der arabischen Welt hundertmal gefährlicher als Ostdeutschland für Westdeutschland... Falls die Waffenlieferung an Israel andauert, werden wir unseren gesamten Standpunkt revidieren und sicherlich dann Ostdeutschland anerkennen.“

Das Gespräch fand unter vier Augen statt. Keine dritte Person, weder Dolmetscher noch Protokollführer, war anwesend. Dennoch wurde es wenige Tage später auszugsweise wörtlich von Radio Kairo und dem offiziellen Blatt „Al Ahrām“ veröffentlicht. Ein geheimes Tonband muß es aufgenommen haben. Obgleich die einzelnen Zitate nicht gefälscht wurden, waren sie so zusammengeschnitten, daß Federer gegenüber Nasser wenig glücklich abschnitt.

48 Stunden nach seiner Audienz bei Nasser traf Federer am 2. Februar zur Berichterstattung in Bonn ein. Schon bei seiner Ankunft prophezeite er, was diese Woche Wirklichkeit werden soll: „Ich halte es für ausgeschlossen, daß Nasser die Einladung an Ulbricht zurückziehen wird. Ulbricht wird auf jeden Fall nach Kairo reisen.“

Dennoch versuchte die Regierung Erhard, zumindest nach außen das Gesicht zu wahren. Entwicklungsminister Scheel sagte am nächsten Tag eine geplante Reise nach Ägypten ab; Botschafter Federer wurde aufgetragen, „einstweilen“ nicht nach Kairo zurückzukehren. Doch hinter den Kulissen suchte Bonn bereits verzweifelt Hilfe und einen Vermittler.

Die drei großen Verbündeten — Amerika, England und Frankreich — lehnten es ab, in den Streit hineingezogen zu werden. Sie wollten nicht vermitteln. Da entsann sich der deutsche Botschafter in Washington, Knapstein, der ein- einhalb Jahre lang Botschafter in Madrid gewesen war, daß die Spanier von allen Europäern die besten Beziehungen zu den arabischen Staaten und gar keine zu Israel haben. Er telegraphierte dem Auswärtigen Amt, man möge sich doch an Madrid wenden. Das tat man.

Am Mittwoch, dem 3. Februar, überbrachte der deutsche Botschafter in Madrid im Palacio Santa Cruz die Bonner Vermittlungs-Bitte. Spaniens Bot-



Freunde Federer, Gerstenmaier in Kairo\*: Von der Beerdigung zum Flugplatz

ihm geheimgehaltenen Waffenlieferungen an Israel.

Nasser gewann den Eindruck, daß Gerstenmaier aufrichtig sei, und glaubte ihm, daß er nicht viel von den Waffen wußte. Er schenkte auch Gerstenmaiers Versprechen Vertrauen, ein gesetzliches Verbot für Waffenlieferungen an Nicht-Nato-Staaten zu veranlassen und 200 bis 300 Millionen Mark neue Entwicklungshilfe für Ägyptens zweiten Fünfjahresplan bereitzustellen, der in diesem Mai beginnt.

Gerstenmaier seinerseits glaubte nach dem Gespräch sicher sein zu können, daß Nasser dafür die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel hinnehmen würde. Voller Zuversicht kehrte der Bundestagspräsident — wie einst Grotewohl mit dem „Orden des Nils“ dekoriert — nach Bonn zurück: „Mit dem Besuch Nassers in der Bundesrepublik wird eine neue Ära in den Beziehungen zwischen Bonn und den arabischen Staaten beginnen.“

Statt dessen hub eine Ära feindseligen Mißtrauens an. Sie begann für Nasser mit einer Kette von Enttäuschungen. Das versprochene Waffenlieferungsgesetz wurde nicht verabschiedet. Auch Botschafter Federer kam aus seinem Weihnachtsurlaub des letzten Jahres mit leeren Händen zurück und

Zonenvogt Ulbricht am Nil empfangen, worauf die DDR seit drei Jahren drängte.

Vom Osten gelockt, von Bonn enttäuscht, lud Nasser Ulbricht ein. Der Termin in dieser Woche läßt keinen Zweifel über die Bedeutung, die der Zonen-Machthaber dem Besuch beimißt: Ulbricht verzichtete dafür auf die Eröffnung der Leipziger Messe in Anwesenheit von Sowjetpremier Kosygin.

Am 27. Januar veröffentlichte das SED-Zentralorgan die Triumpfmeldung der Einladung. Aus tiefem Schlaf

\* Mit dem ägyptischen Parlamentspräsidenten Anwar el-Sadat.

\*\* Einer der geretteten Tempel, die im Rahmen der Unesco-Hilfe mit deutschen Mitteln außerhalb der Staudamm-Zone neu aufgebaut wurden. Die gute Tat der Deutschen, das Standbild von Kalabscha zu retten, trug auch im späteren Verlauf der deutsch-ägyptischen Krise nur böse Frucht. Nachdem Botschafter Federer auf dem Höhepunkt der Spannungen Nasser vorgehalten hatte: „Wir haben das Standbild von Kalabscha gerettet“, fuhr der Staatschef ihn an, das sei „keine eigentliche Hilfe an das ägyptische Volk“. Und letzten Donnerstag zürnte Nasser in Anwesenheit des tunesischen Staatspräsidenten Burgiba, Bonn könne den Pharaonen-Tempel „einpacken und mit nach Hause“ nehmen: „Die Deutschen bezeichnen Kalabscha als Hilfe. Kalabscha ist für uns zu nichts nütze. Ich bin bereit, ihnen den Tempel zu überlassen, um nicht mehr hören zu müssen, daß sie uns auch nur eine Mark gegeben haben.“

Matter in Bonn, José Sebastián de Erice y O'Shea, befürwortete wärmstens das Gesuch. Bonn habe sich gerade erst zur Kriegsopferversorgung für ehemalige Angehörige der „Blauen Division“ bereit erklärt.

Franco selbst beauftragte daraufhin den Generaldirektor im Außenamt (entspricht etwa einem deutschen Ministerialdirektor), den Leiter der Abteilung I b I (Hauptabteilung für internationale Organisationen), Francisco Javier Elorza y Echaniz Marqués de Nerva, mit der Vermittlungsaktion.

Der Spanier traf am 6. Februar in Kairo ein. Er führte vier Gespräche mit dem ägyptischen Ministerpräsidenten Ali Sabri und hatte eine Unterredung mit Staatschef Nasser. Sabri stellte dem Vermittler vier Forderungen:

- ▷ Einstellung der deutschen Militärhilfe in Israel;
- ▷ keine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel;
- ▷ Besuch Scheels im Februar, um über neue deutsche Entwicklungshilfe zu beraten;
- ▷ keine Bonner Sanktionen gegen den Ulbricht-Besuch.

Als einzige Gegenleistung boten die Ägypter die Zusage an, die DDR nicht anzuerkennen.

Der Spanier akzeptierte für die Bundesrepublik die ersten beiden Punkte mit Einschränkungen und stellte für die letzten beiden Verständnis in Aussicht.

Israels Geheimdienst suchte die Mission mit der Meldung zu torpedieren, der Spanier sei an Waffengeschäften mit Ägypten persönlich interessiert. Das war nicht wahr. Aber die Falschmeldung war auch nicht mehr nötig.

Der ehrgeizige Spanier sorgte selbst für das Scheitern seines Auftritts. Statt zu schweigen, prahlte er in vier Presse- und Fernseh-Interviews, die er auf den Zwischenstationen seines Rückfluges von Kairo nach Bonn gab, mit seinem diplomatischen Erfolg. Dabei sagte er, er habe Nasser Bonn's Zusage überbracht, Israel nicht anzuerkennen.

Erzürnt dementierte Bonn, eine solche Zusage gemacht zu haben. Tatsächlich aber war sie im Kern wahr. Sprachschwierigkeiten hatten den Spanier jedoch verschweigen lassen, daß diese Zusage naturgemäß nicht für alle Zeiten, sondern nur auf absehbare Zeit gegeben war.

Entrüstet über den geschwätzigen Vermittler, empfing die Regierung Erhard den Spanier bei seiner Ankunft in Bonn am 12. Februar betont kühl. Geplanter Dank von Kanzler und Außenminister fiel aus. Lediglich AA-Staatssekretär Carstens ließ den Marqués vor.

Für Bonn gab es nun ohnehin nichts mehr zu vermitteln und nur noch den Rückzug. Der Kanzler trat ihn an. Am selben Tag, an dem sich der Spanier in Bonn aufhielt, verkündete Kanzler Erhard den Beschluß, keine Waffen mehr in „internationale Spannungsgebiete“ zu liefern.

Die Niederlage war perfekt. Ulbrichts Besuch hatte nicht verhindert werden können. Statt dessen hatte die Bundesregierung unter dem Druck einer ausländischen Macht das Abkommen mit einem anderen Staat brechen müssen.

Der Leiter der Israel-Mission in Deutschland, Shinnar, wurde von Er-

hard mündlich über die Einstellung der Waffenlieferungen informiert und flog nach Tel Aviv ab. Gleichzeitig ließ der Kanzler alle arabischen Staaten durch die Botschafter der Bundesrepublik über den Waffenstopp unterrichten.

Um aufzuzeigen, wie wenig die Lieferungen geeignet waren, das Gleichgewicht im Nahen Osten zu gefährden, war der entsprechenden Anweisung an die deutschen Botschafter zunächst eine Liste des an Israel versandten Kriegsmaterials beigegeben. Durch eine zweite, telegraphische Anweisung verfügte das AA jedoch im letzten Augenblick, die Liste den Arabern nicht zu überreichen. Sie mußte überall vernichtet werden.

deutsche Botschafter in Algerien dem Staatschef Algeriens, Ben Bella, mit. Doch auch dieses Unternehmen war ein Fehlschlag. Ben Bella informierte Nasser unverzüglich von dem Bonner Angebot. Auch König Hussein stützte Nasser.

Einziger Lichtblick in der ägyptischen Finsternis, die so in der vergangenen Woche die deutsche Diplomatie einhüllte, war Nassers Auskunft gegenüber deutschen Reportern, er wolle die Sowjetzone trotz des Ulbricht-Besuchs noch nicht diplomatisch anerkennen.

In der Hauptstadt der Bundesrepublik am Rhein fand man jedoch kaum Zeit, den Trost zur Kenntnis zu nehmen. Die Hauptakteure waren vollauf-



Nahost-Strategen Schröder, Erhard\*: Selbst vor dem Satan sicher

Ein letztes Rückzugsscharmützel gegen den siegreichen Pharao am Nil wagte die Regierung Erhard in der vergangenen Woche. Am letzten Montag beschloß das Kabinett, nach dem Ulbricht-Besuch die Ägypten-Entwicklungshilfe zu sperren, und der weltgewandte Rhodes-Scholar und AA-Ministerialdirigent Alexander („Alex“) Böker wurde in Sondermission beim englandfreundlichen König Hussein von Jordanien vorstellig. Mit sich trug Böker eine persönliche Botschaft des Bundespräsidenten Lübke an den kleinen König.

Der Monarch war im vergangenen Dezember Staatsgast in der Bundesrepublik gewesen und wollte noch vor Ulbrichts Eintreffen einen Staatsbesuch in Kairo machen. Heinrich Lübke hoffte, daß er durch sein Schreiben in dem König einen Fürsprecher für die bundesrepublikanischen Interessen bei Nasser gewinnen könne.

Böker erreichte Hussein noch vor dessen Abflug nach Ägypten. Anschließend reiste der deutsche Diplomat nach Beirut. Sowohl in Jordanien wie im Libanon erklärte er hinter verschlossenen Türen, die für Ägypten vorgesehenen deutschen Kredite könnten an jene arabischen Länder verteilt werden, die sich von Nasser distanzieren würden. Dasselbe teilte Mitte der Woche der

damit beschäftigt, einander die Schuld in die Schuhe zu schieben.

Konrad Adenauer beteuerte vor der CDU-Fraktion: „Es stimmt nicht, daß ich in New York mit dem Herrn Ben-Gurion ein Techtelmechtel gehabt habe.“ „Ein anderer“ habe im Jahre 1962 „auf Wunsch einer befreundeten Macht“ die zum Debakel führenden Waffenlieferungen vereinbart — gemeint waren Strauß und die USA.

Überzeugender setzte sich Außenminister Schröder ab. Im Kabinett wies er nach, daß er bei seiner Berufung zum Außenminister in das Übergangskabinett Adenauer erstmals von der Waffenhilfe erfahren und sogleich seinen Widerspruch beim Kanzler zu Protokoll gegeben habe.

Bundesvertriebenenminister Lemmer wollte von Schröder wissen, warum er denn dann nicht „die Flucht ins Kabinett“ angetreten habe, denn die übrigen Minister hätten ja überhaupt nichts gewußt. Schröder: Dazu sei die Sache „zu geheim“ gewesen.

Eine Koalitionskrise ist wegen des „Stalingrads“ (SPD-Pressedienst) der deutschen Außenpolitik im Nahen Osten nicht zu erwarten. Christdemokrat Lemmer: „Diese Koalition bringt so kurz vor den Wahlen nicht einmal mehr der Satan auseinander.“

\* Mit Kanzlerberater Hohmann (l.) und Regierungssprecher von Hase (r.).